

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/161

24. August 1976

Der Selbsttod des Pfarrers Brüsewitz

Überlegungen zu einem deutschen Schicksal

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied des innerdeutschen Ausschusses  
des Bundestages

Seite 1 und 2 / 52 Zeilen

Das historische Versagen der CDU

Die Union und ihre Berlin- und Deutschland-  
politik

Von Klaus Schütz MdB

Regierender Bürgermeister und SPD-Landes-  
vorsitzender von Berlin und Mitglied des  
SPD-Vorstandes

Seite 3 / 37 Zeilen

Rheinland-Pfalz achulisch unter "ferner liefen"

Harte Fakten zeigen das Versagen der Kohl-  
Regierung

Seite 4 und 5 / 56 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 100 408  
Presshaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telefax: 08 28 648-48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Der Sabbatod des Pfarrers Brüsewitz

Überlegungen zu einem deutschen Schicksal

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied des innerdeutschen Ausschusses des Bundestages

Der Pfarrer Oskar Brüsewitz war ein Mann des zweiten Bildungsweges. Wie mancher andere Theologe auch hatte er ursprünglich Maurer gelernt, bis er eines Tages seine Berufung fühlte und mit Hilfe seiner Kirche den Weg zum Pfarramt fand. Besonders die kirchliche Jugendarbeit hatte es ihm angetan, hier gab er alles, was er hatte und konnte: seine Glaubensstreue, seine Sympathie für junge Menschen und auch das, was er an irdischen Gütern besaß. Er tat Gutes, und der schlichte Mensch, der er war, erwartete, daß man das sehen und positiv würdigen würde. Dies zumal er für ein Reich eintrat und predigte, das nicht von dieser Welt war.

Als ehemaliger Bauarbeiter im roten Zeitzer Bezirk eingesetzt, war er sicherlich auch, zumindest in den Anfangsjahren seiner Tätigkeit, ein Mann, dem sozialistische Ideen nicht allzufern waren. Und die Kommunisten nannten sich doch auch Sozialisten. Aber die staatlichen Behörden, die Repräsentanten der Partei, hunderfünfzigprozentig, wie nun einmal Deutsche in allem sind, sahen die kirchliche Jugendarbeit des Pfarrers Brüsewitz mit allen anderen Gefühlen, als mit Sympathie. Sie hielten es mit dem Spruch "Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft" und machten ihm das Leben sauer. Brüsewitz erwartete die Hilfe seiner kirchlichen Oberen, aber die kam nicht. So sah er Feigheit, wo nichts anderes war, als ein täglich sich erneuernder schwerer Balanceakt, der mühsam darauf hinausging, der Kirche an Spiel-

raum zu retten, was für sie mit äußerster Kraftanstrengung zu retten war.

So führte Brüsewitz seinen Kampf als Alleingänger. Er wurde als "Spinner", als Querulant abgetan, die großen und kleinen Schikaner setzten ein und trieben ihn in die Verzweiflung. Soweit, bis Brüsewitz nicht mehr ein noch aus wußte und in seiner Not meinte, mit dem an sich ganz und gar unchristlichen Akt der Selbstverbrennung ein Zeichen setzen zu müssen, das müde Gewissen und bequeme Vorgesetzte aufschrecken sollte.

Wir wissen nicht genau, ob das alles in allen Einzelheiten so war, aber nach dem, was wir wissen, hören konnten, könnte es wohl so gewesen sein. Uns steht es nicht an, dem Manne, der glaubte und im guten Glauben handelte, den Respekt für seine Tat zu verwehren. Es steht uns noch weniger an, seine Handlung als die eines "Anomalen" anzuprangern. Die Frage erhebt sich, was das anomaler ist: die Handlung eines verzweifelt Menschen oder ein Regime, das solche Taten durch sein Handeln heraufbeschwört.

Darüber sollten die Mächtigen in der DDR doch einmal nachdenken, zumal ja auch in ihrer Verfassung die Freiheit des Gewissens und des Glaubens ihren Niederschlag findet. Wie dem auch sei: Eines hat der Pfarrer Brüsewitz aber mit seinem Tod sicherlich nicht gewollt, daß man daraus nun Wahlparolen und Versammlungsreden speist. Daß die, die sehr viel von den Menschen dort drüben reden, aber nichts für sie tun, seinen Tod zur Grundlage für politische Hetzparolen mißbrauchen. Was er wollte, war, eine Bresche zu schlagen für ein Reich, das nicht von dieser Welt war. Wir sollten das respektieren. (-/24.8.1976/bgy/e)

+ + +

### Das historische Versagen der CDU

#### Die Union und ihre Berlin- und Deutschlandpolitik

Von Klaus Schütz MdB

Regierender Bürgermeister und SPD-Landesvorsitzender  
von Berlin und Mitglied des SPD-Vorstandes

(Eine Rednerkarte der Bundesgeschäftsstelle der SPD charakterisierte die Berlin-Politik der CDU so: "... ihr provokatorisches Auftreten in Berlin und ihre Forderung nach einer einseitig-extensiven Auslegung des Viermächte-Abkommens gefährdet die Lebensfähigkeit der Stadt und führt Krisensituationen herbei...". Dazu wandte sich der stellv. CDU-Vorsitzende Berlin, Karl-Heinz Schmitz, mit einem Protestschreiben an Klaus Schütz, dessen Antwort wir wörtlich wiedergeben.)

"Sehr geehrter Herr Schmitz, Sie weisen mich in ihrem Schreiben vom 30. Juli 1976 auf die Art hin, in der die Tätigkeit der CDU/CSU in der Deutschland- und Berlin-Politik in den SPD-Materialien zur Bundestagswahl behandelt wird.

Auch ich bin der Meinung, daß jene zwei Sätze nicht ausreichen; denn das historische Versagen der CDU/CSU in den Jahren, in denen diese Parteien in der Regierungsverantwortung standen, muß vor der ganzen Nation deutlich gemacht werden.

Beispielsweise muß klargestellt werden:

1/ Wer war in Bonn an der Regierung, als es den Kommunisten gelang, die Spaltung Deutschlands Jahr für Jahr zu vertiefen? Und wer war in Bonn an der Regierung, als es den Kommunisten gelang, die Schandmauer zu bauen? Jeder muß es wissen: Es war eine Bundesregierung der CDU/CSU.

2/ Wer war in Bonn an der Regierung, als es der Sowjetunion und ihren Verbündeten gelang, Verträge und Vereinbarungen mit der Bundesrepublik Deutschland abzuschließen, die Berlin nicht einbezogen? Und wer hat in Bonn dazu öffentlich erklären lassen, man ziehe einen Vertrag mit der Sowjetunion ohne Berlin-Einbeziehung einem vertragslosen Zustand vor? Jeder muß es wissen: Es war eine Bundesregierung der CDU/CSU.

3/ Wer hat jeden praktischen Versuch, die Deutschen im gespaltenen Land einander wieder näher zu bringen, mit nichts anderem als 'Nein' begleitet? Und wer hat 'Nein' gesagt zum Berlin-Abkommen, das unsere Schutzmächte mit der UdSSR abgeschlossen haben? Wer hat 'Nein' gesagt zur Transit-Regelung und zur Vereinbarung über Reisen und Besuche? Jeder muß es wissen: Es war und ist die Opposition der CDU/CSU.

Ich werde dafür Sorge tragen, daß die damalige Rolle der heutigen Opposition in den deutschen Dingen klar beschrieben wird, und zwar nicht gemessen an ihren lauten Worten und ihren demonstrativen Gesten, sondern an ihrem praktischen Verhalten und an für alle überprüfbaren Tatbeständen.

Mit freundlichem Gruß Klaus Schütz"

(-/24.8.1976/va/ee)

Rheinland-Pfalz schulisch unter "ferner liefen"

Harte Fakten zeigen das Versagen der Kohl-Regierung

Eine Politik der Heuchelei betreibt die Staatssekretärin im rheinland-pfälzischen CDU-Kultusministerium, Dr. Hanna-Renate Laurien, die zu den engsten Mitarbeitern des Ministerpräsidenten und CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl gehört. Sie diffamiert mit polemischen Schlagworten die Bildungspolitik der SPD, obwohl in ihrem eigenen Land Rheinland-Pfalz heute noch wie vor große Defizite im Bildungswesen zu überwinden sind. Das von Kohl regierte Land hinkt in der Bildungspolitik hinter anderen Bundesländern her. Die Nettoausgaben für Bildung und Kultur je Einwohner sind 1974 die geringsten in der Bundesrepublik gewesen. Während das Land Hessen 720 DM, das Land Nordrhein-Westfalen 668 DM je Einwohner aufwandten, betragen die Ausgaben in Rheinland-Pfalz nur 540 DM. Das Land Rheinland-Pfalz hat damit also 180 DM je Einwohner weniger ausgegeben, als Hessen. Für Hochschule und Wissenschaft gibt die CDU-Regierung in Mainz 52 vH weniger aus, als das Land Hessen. Rheinland-Pfalz hat den höchsten Prozentsatz von Grund- und Hauptschülern unter allen Bundesländern und damit gleichzeitig am wenigsten Schüler auf höheren Bildungsgängen. Das bedeutet, daß es die geringste Zahl an Schulabgängern mit mittlerem Abschluß und Hochschulreife hat. Damit erhält in Rheinland-Pfalz von den 15 - unter 21-jährigen 30 vH weniger einen mittleren Abschluß oder die Hochschulreife als in Hessen.

Die CDU-Regierung von Helmut Kohl schneidet auch bei den Berufsschulen schlecht ab. Die Quote Schüler je Lehrer war mit 68,7 im Jahre 1974 die schlechteste in der Bundesrepublik. Das schulische Ausbildungsniveau ist im Verhältnis zu anderen Ländern sehr gering. 88,3 vH der Berufsschüler in Rheinland-Pfalz haben als schulische Vorbildung nur die Hauptschule besucht, das ist die zweithöchste Quote in der Bundesrepublik. 21,8 vH Berufsschüler haben keinen Hauptschulabschluß. Nach Schleswig-Holstein ist dies die höchste Quote unter den Flächenstaaten. Nach den Angaben des

Rheinland-Pfälzischen Kultusministers Vogel fehlen an den berufsbildenden Schulen 579 Lehrer, das ist ein Minus von 13,4 vH des Lehrersolls. Dies ergibt ein Unterrichtsausfall von 12,8 vH.

Dieses schlechte schulische Ausbildungsniveau schlägt auch noch bei den Arbeitslosen im Alter von 20 bis unter 25 Jahren durch. Im September 1975 waren in Rheinland-Pfalz in dieser Altersgruppe 19,2 vH Arbeitslose, im gesamten Bundesgebiet dagegen nur 17,1 vH. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt im CDU-regierten Rheinland-Pfalz höher als im Bundesdurchschnitt. Die Arbeitslosenquote aller Jugendlichen im Alter von 15 bis 20 Jahren betrug im gesamten Bundesgebiet im März 1976 fünf vH, im Arbeitsmarktbereich Rheinland-Pfalz 5,7 vH. Im Anteil der Jugendlichen an der Gesamtheit der Arbeitslosen nahm Rheinland-Pfalz im März den vorletzten Platz ein. Hat die Gesamtzahl der arbeitslosen Jugendlichen von September bis März 1976 im Bundesdurchschnitt um 3,2 vH abgenommen, waren es in Rheinland-Pfalz nur 1,7 vH. Im Vergleich dazu: In Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen um 10,3 vH und in Hessen um 8,1 vH zurückgegangen. Ein Grund für diese schlechte Bilanz ist, daß die CDU-Regierung unter Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl relativ wenig Mittel zu Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgewendet hat. Während der Förderbetrag je arbeitslosen Jugendlichen aus dem Sonderprogramm der Landesregierung Rheinland-Pfalz zu Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bei 260 DM liegt, beläuft sich der Förderbetrag in Hessen 1976 je arbeitslosen Jugendlichen auf 526 DM und in Nordrhein-Westfalen auf 1 950 DM.

In allen Schulbereichen mit Ausnahme der Grund- und Hauptschulen befindet sich das CDU-regierte Rheinland-Pfalz an letzter Stelle- oder unter den drei letzten Bundesländern. Weder Realschulen noch integrierte Gesamtschulen (nur eine wurde bisher realisiert, vier weitere befinden sich noch im Planungsstadium) noch Gymnasien wurden gefördert.

Werner Habicht  
(-/24.8.1976/mie/e)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert